

Bezugspreis:

Für den Monat November 400.- M., voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Ost- und Westpreußen sowie Österreich und Luxemburg 496.- M., für das übrige Ausland 603.- M.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 9. November 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Schriftwechsel mit der Reparationskommission

Die Verhandlungen mit der Reparationskommission haben zu einem Rotenaustausch geführt, der hiermit der Öffentlichkeit übergeben wird.

Am 4. November richtete der Reichstanzler folgendes Schreiben an die Reparationskommission:

Vorschlag für eine Stabilisierung der Mark.

Eine wirksame und dauernde Stabilisierung der Mark kann erst eintreten, wenn die Reparationsfrage entsprechend der Leistungsfähigkeit Deutschlands endgültig geregelt ist.

Ein erfolgreiches Unternehmen zur Stützung der Mark ist jedoch zurzeit nur bei einem Zusammenwirken Deutschlands mit der Kapitalkraft des Auslandes möglich.

Wenn durch des Zustandekommen eines derartigen Bankkredits die Vorbedingung für eine wirksame Stützung der Mark, nämlich die Wiederkehr des Vertrauens des In- und Auslandes zur deutschen Währung, gegeben ist, ist Deutschland entschlossen:

- a) seinen Haushalt im Gleichgewicht zu halten,
b) eine Besserung der Handels- und Zahlungsbilanz durch wirtschaftliche Maßnahmen, insbesondere durch Steigerung der Produktion herbeizuführen,
c) die schwebende Schuld einzudämmen,
d) innere Anleihen aufzunehmen.

Die Antwort der Kommission.

Die Antwort der Reparationskommission, die am 6. November übergeben wurde, hatte folgenden Wortlaut:

Herr Reichstanzler!

Im Verlauf der Besprechung, die die Reparationskommission mit Ihnen am 31. Oktober zu pflegen die Ehre hatte, haben Sie der Reparationskommission aus eigenem Antrieb die Zusicherung gegeben, sie könne zur Vollendung ihres Wertes auf die totale Mitarbeit der deutschen Regierung und aller ihrer Dienststellen rechnen.

Die ersten Ergebnisse der Untersuchung haben gezeigt, daß, wenn auch die deutsche Regierung in der letzten Zeit sich bemüht hat, die freie Kontrolle des Garantiefomitees über die Reichsfinanzen und über die deutsche Ausfuhr sicherzustellen, dennoch wichtige Maßnahmen zu treffen bleiben, besonders hinsichtlich der Schaffung eines Personalstabes, wie er besprochen und notwendig ist.

Die Reparationskommission, die mit ihrer eigenen Erklärung über die von ihr zu prüfenden Probleme übereinstimmt, hat sich nach- einander mit dem Ausgleich des Reichshaushalts, der schwebenden Schuld und der Stabilisierung der Mark befaßt.

Die Stabilisierung der Mark beherrscht alle anderen Probleme, deren Lösung sie vorbereiten soll. Während einerseits kein Plan zur Stabilisierung der Mark Erfolg haben kann, wenn nicht der Reichshaushalt ins Gleichgewicht gebracht und das Anwachsen der schwebenden Schuld gehemmt wird, kann andererseits kein wirklicher Fortschritt bei der einen oder anderen dieser Reformen erzielt werden, solange keine Maßregeln ergriffen worden sind, um wenigstens eine gewisse Stabilität im deutschen Wechselkurs herbeizuführen.

Genehmigen Sie usw.

Wirth an die Kommission.

Darauf richtete der Reichstanzler unter dem 8. November an die Reparationskommission unter Beifügung zweier Gutachten, die inzwischen auf Ansuchen des Reichsfinanzministers Dr. Hermes von den Herren Bissering und Dubois einerseits und von Herrn Brand andererseits lebhaft als private Meinungen ohne Bindung ihrer Länder und Geschäftskreise eingegangen war, folgendes Schreiben an die Reparationskommission:

Herr Präsident!

Namens der deutschen Regierung, beehre ich mich den Empfang des Schreibens der Reparationskommission vom 6. d. M. zu be- stätigen und wie folgt zu beantworten:

1. Die deutsche Regierung wiederholt ihre bereits früher ausgesprochene Bereitwilligkeit, die von ihr nach dem Memorandum vom 18. Juni d. J. gegenüber dem Garantiefomitee übernommenen Verpflichtungen in ihrer Gesamtheit zu ver- wirklichen. Sie hat bereits alle hierfür notwendigen Maßnahmen getroffen.

Rückgang des Dollarkurses bis 7800.

Nach der Veröffentlichung des Sachverständigen-Gutachtens hat das Markangebot an den ausländischen Börsen sehr nachgelassen. Auch in hiesigen Finanzkreisen beurteilt man den Inhalt des Gutachtens sehr günstig. An der heutigen Börse machte sich eine merkliche Ermattung der Devisen geltend. Der Dollar stellte sich gegen Mittag etwa auf 8000. Im Handel der Devisen Paris gegen London zeigte sich ebenfalls eine Besserung des Frank, die natürlich im engen Zusammenhang mit der Erholung des Marktkurses steht.

Für den Effektenverkehr blieb die Börse heute geschlossen. Es scheint aber, als ob auch hier die Hausse ihren Höhepunkt überschritten habe. Mit Ausnahme der oberösterreichischen Werte waren fast alle Papiere heute eher angeboten. Ein richtiges Bild über den Umchwung wird sich erst an der morgigen Volldörse gewinnen lassen.

In den Kreisen, denen der Sturz der Mark erwünscht ist und die deshalb in den letzten Tagen nicht schwarz genug malen konnten, sind die etwas günstigeren Mitteilungen des gestrigen Tages über den Stand der Verhandlungen mit der Reparationskommission übel aufgenommen worden. Aus diesen Kreisen stammten deshalb auch die Gerüchte, die heute früh in Bank- und Börsenkreisen lebhaft aufsehen erregten. Demnach sollte nämlich die Reichs- regierung die Absicht haben, die Devisenbestände zu beschlag- nehmen. Diese Gerüchte, die Verkäufe zurückhalten sollten, und sollen offensichtlich nur dazu dienen, der Spekulation auf den Sturz der Mark neue Möglichkeiten zu liefern.

Wie wir weiter erfahren, haben sich auch bereits die zu- ständigen Stellen mit der in unserer heutigen Morgenausgabe angeregten Aufforderung, die berufsmäßigen Spekulanten ausländischer Nationalität auszuweisen, beschäftigt. Es wird vermutlich bereits in kür- zester Frist zu einem Einschreiten gegen diese Elemente kommen.

2. Die deutsche Regierung erklärt erneut, daß sie eine Festigung und Besserung des Marktkurses

als die augenblicklich wichtigste und dringlichste Aufgabe ihrer Politik betrachtet. Sie erlaubt sich ihrem Vorschlage für eine Stabilisierung der Mark vom 4. d. M. folgendes hinzuzufügen: Es muß nochmals mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß alles, was jetzt zum Zwecke der Stabilisierung der Mark geschieht kann, immer nur ein Hilfsmittel ist, um ein gewisses Vertrauen des deutschen und des ausländischen Publikums in die Zukunft der deutschen Wirtschaft und der deutschen Finanzen wiederherzustellen. Ein dauernder Erfolg der Maßnahmen, welche jetzt unternommen werden können, wird nur dann verbürgt, wenn die endgültige Lösung des gesamten Reparations- problems alsbald in Angriff genommen und mit größter Be- schleunigung zu Ende geführt wird.

Die deutsche Regierung hat einige der von ihr nach Berlin berufenen ausländischen Sachverständigen, welche im praktischen Bankleben stehen, gebeten, einen bestimmten Plan darüber auszu- arbeiten, auf welche Weise und unter welchen Bedingungen ein internationales Syndikat zur Stützung der Mark gebildet werden könne und wie die Operationen des Syndikats durchzuführen sein würden. Die Herren Bissering, Dubois und Brand haben dieser Bitte der deutschen Regierung entsprochen und ein gemein- sames Gutachten erstattet. Außerdem hat Herr Brand sich über die Möglichkeit der

Beteiligung des Londoner Geldmarktes

an der gedachten Kreditoperation besonders geäußert. Die deutsche Regierung beehrt sich diese Schriftstücke der Reparations- kommission in den Anlagen zu übermitteln. Die deutsche Regierung empfiehlt diesen Plan der ernstesten Beachtung der Re- parationskommission und bittet, ihn als Grundlage für die weitere Behandlung der Stabilisierungsfrage zu benutzen. Sie macht sich insbesondere den Gedanken zu eigen, daß die darin in Aussicht ge- nommene Stützungsaktion durch ein internationales Bankyndikat sofort in Angriff genommen wird.

Auch die Reichsbank

ist von der außerordentlichen und entscheidenden Bedeutung der Bildung eines solchen internationalen Bankyndikats für die Wieder- herstellung des Vertrauens und das Gelingen einer Stützungsaktion überzeugt. Sie hat sich bereit erklärt, auch ihrerseits an dieser Aktion mitzuwirken und sich an der Aufbringung der Mittel zu beteiligen. Auf dieser Grundlage hätte sich die Stützung in der Weise zu voll- ziehen, daß der Markkurs nach einheitlichen Gesichtspunkten mit den so zur Verfügung gestellten Mitteln durch An- und Verkauf von Mark und Devisen reguliert wird. Ueber die Einzelheiten, insbesondere über die Art und den Umfang der Beteiligung der Reichsbank würde noch eine Verständigung mit den fremden Geld- gebern herbeigeführt werden müssen. Ferner würden die vom Reich zu stellenden Sicherheiten unter Zustimmung der Reparations- kommission mit den Geldgebern noch zu vereinbaren sein.

Die erste Bedingung, welche die Sachverständigen stellen, geht dahin, daß während der Tätigkeit des Syndikats und bis zur voll- ständigen Rückzahlung der vom Syndikat geleisteten Vorläufe Deutschland von jeder Verzählung auf Grund des Ver- trages von Versailles sowie von allen Naturalieferun- gen für Reparationszwecke vorübergehend be- freit werden müsse. Die deutsche Regierung selbst ist der Ansicht, daß der Stabilisierungsprozeß, welcher einerseits eine notwendige Voraussetzung für die Wiederherstellung des Gleichgewichts im Reichs- haushalt bildet, zunächst einmal ohne Störung zu einem gewissen Abschluß gebracht sein muß, um dadurch die deutsche Wirtschaft zur Wiederaufnahme von Leistungen aus dem Vertrage von Versailles zu befähigen. Die deutsche Regierung ist jedoch, wie sie bereits der Reparationskommission erklärt hat, bereit, Leistungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete auch während des Stabili- sierungsprozesses zu übernehmen, insoweit es möglich ist, diese Leistungen ohne Vermehrung der schwebenden Schuld aus dem Budget oder durch innere Anleihen zu bestreiten.

Das von der deutschen Regierung in Übereinstimmung mit den Bankfachverständigen vorgeschlagene Unternehmen zur Stützung und Besserung des Marktkurses bezweckt nicht nur die Rettung Deutschlands aus seinen Währungsschwierigkeiten, es soll nicht nur die Balancierung seines Budgets und die Eindämmung der schwebenden Schuld möglich machen, es ist vielmehr auch eine not- wendige Voraussetzung dafür, daß Deutschland instand gesetzt wird, wiederum Reparationsleistungen zu bewirken, und insbesondere, auswärtige Anleihen aufzunehmen, deren Erfolg zur Abtrotzung der deutschen Verpflichtungen bestimmt sein würde. Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner aus- gezeichneten Hochachtung (gez.) Wirth

## Das zweite Gutachten.

Das von den Herren Bissering und Dubois verfaßte, von Herrn Brand unter einem Vorbehalt mitunterzeichnete private Gutachten hat folgenden Wortlaut:

Der deutsche Reichsfinanzminister hat die Frage an uns gestellt, wie wir über die Intervention eines internationalen Syndikats zur Stabilisierung der Mark zu denken und unter welchen Bedingungen eine solche Intervention nach unserer Ansicht erfolgen könnte.

Die Ursache für die ungeheure Entwertung der deutschen Währung, die während der letzten Monate eingetreten ist und die sich noch täglich verschärft, scheint uns vor allem aus einer Erschütterung des Vertrauens im In- und Auslande zu beruhen. Aus diesem Grunde ist eine

### Mitwirkung des Auslandes wünschenswert.

Daher sprechen wir uns dahin aus, daß es zweckmäßig sein würde, unter Mitwirkung (sous les auspices) der Reparationskommission sobald wie möglich eine Versammlung von Bankleuten aus Staaten mit normaler Währung einzuberufen, d. h. aus den Vereinigten Staaten, England, Holland, Schweden und der Schweiz. Weiter könnten Bankleute aus anderen Ländern daran teilnehmen, die zur Mitarbeit bereit sind. Die Bankleute hätten die Frage der

### Gründung eines internationalen Syndikats

zu prüfen, dessen Aufgabe es wäre, zusammen mit der deutschen Regierung und der Reichsbank durch die von ihm für zweckdienlich erachteten Mittel und Wege an der Stabilisierung der Mark zu arbeiten.

Ohne den Beschlüssen vorgehen zu wollen, halten wir es doch zur Klarstellung für zweckmäßig, unsere Ansicht über das einschlägige Verfahren auszusprechen:

1. Deutschland müßte während der Tätigkeit des Syndikats und bis zur vollständigen Rückzahlung der erhaltenen Vorschüsse von allen Reparationsbarzahlungen und Sachleistungen befreit werden.

2. Das Syndikat müßte mit einem Kapital von mindestens 500 Millionen Goldmark begründet werden können.

3. Dieser Betrag wäre in Form eines Akzeptkredits aufzubringen. Die Wechsel wären von der deutschen Finanzverwaltung auszugeben, mit der

### Bürgschaftserklärung der Reichsbank

zu versehen und hätten auf die Währung des Staates zu lauten, dem der Akzeptant der Wechsel angehört.

Das Komitee würde, wenn es sich auch praktisch für die Aufgabe interessiert, am besten in der Lage sein, sein Gutachten auch darüber abzugeben, wie die Stützungsaktion finanziell durchzuführen ist.

4. Die Laufzeit der Wechsel könnte auf höchstens zwei Jahre verlängert werden, vorausgesetzt, daß die Zentral-Emissionsbanken ihre Zustimmung erteilen.

5. Die Reparationskommission würde aufzufordern sein, für die Rückzahlung der von dem Syndikat gewährten Vorschüsse ein Prioritätsrecht vor sämtlichen Reparationsbarzahlungen zu gewähren.

6. Die deutsche Regierung hätte mit Zustimmung der Reparationskommission als

### besondere Garantie für die Rückzahlung

der von dem Syndikat gewährten Vorschüsse die Erträgnisse der Ausschreibungen nach einem noch zu vereinbarenden Verfahren zur Verfügung zu stellen.

7. Neben den Leistungen des Syndikats hätte sich die Reichsbank zu verpflichten, an der Stabilisierungsaktion mit einem Betrag von gleicher Höhe teilzunehmen, indem sie sich durch Verpfändung eines Teiles ihres Goldbestandes einen Kredit in gleicher Höhe beschafft. Auf diese Weise würden die gesamten zur Verfügung stehenden Fonds den Betrag von einer Milliarde Goldmark oder ihren Gegenwert erreichen.

8. Wir sprechen uns nicht über die Zinsbedingungen und die Vermittlungsgebühren aus, die von Deutschland zu verlangen wären. Diese Frage bleibt vielmehr vorbehalten.

Berlin, den 7. November 1922.

gez. Bissering, Dubois.

Vorbehaltenlich der in meinem Memorandum über die Lage des Londoner Marktes enthaltenen Bemerkungen stimme ich den obigen Ausführungen zu.

gez. Brand.

## Die private Äußerung des Herrn Brand über die Stellung des Londoner Kapitalmarkts

zu dem Problem der Stabilisierung der Mark lautet wie folgt:

1. Der Finanzminister hat mich im Namen der deutschen Regierung gebeten, meine Ansicht über die Möglichkeit zu äußern, im gegenwärtigen Augenblick Anleihen oder Kredite am Londoner Markt zur Stützung des Verfalls einer Stabilisierung der Mark zu erhalten. In Erfüllung dieses Wunsches bitte ich als selbstverständlich hinzunehmen, daß ich nur meine persönliche Ansicht äußere. Ich kann in keiner Weise für andere Londoner Bankiers sprechen.

2. In dem Bericht, den ich als einer der von Deutschland eingeladenen Sachverständigen zeichnen werde, werde ich meine Ansicht in bezug auf fremde Anleihen oder Kredite in der ganzen Frage des Stabilisierungsplans äußern. Hier dagegen werde ich mich auf den reinen banktechnischen Gesichtspunkt beschränken.

3. Es ist nach meiner Ansicht nicht möglich, an den privaten Geldgeber in England wegen einer deutschen Anleihe heranzutreten. Die Begründungen, die das Bankierkomitee im vergangenen Juni gegeben hat, behalten volle Geltung. Dazu kommt, daß der kürzliche Sturz der Mark

### Deutschlands Kredit im Ausland völlig zerstört

hat. Ich stimme mit der Ansicht des Bankierkomitees überein, daß Gewißheit über Deutschlands zukünftige Verpflichtungen wesentlich ist. Solange das nicht existiert, halte ich es nicht für möglich, an das Publikum heranzutreten.

4. Es bleibt daher nur die Frage einer unterstützenden Mitwirkung durch die Bankwelt übrig. Natürlich würde eine Anleihe auf der Grundlage einer Sicherheit durch Reichsbankgold, das je nach den Wünschen der Bankiers an einem zentralen Platz zu deponieren wäre, möglich sein. Abgesehen hiervon, glaube ich, würden Anleihen nur zu erhalten sein, wenn ein

### vollständiges Moratorium für einen gewissen Zeitraum

wegen Deutschlands Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag eintreten würde. Wenn ein derartiges Moratorium vielleicht für zwei Jahre gewährt würde und wenn andere Finanzkreise in der Schweiz, Holland und anderen Ländern mit einer genaueren Kenntnis der deutschen Verhältnisse die Führung übernahmen, ist es möglich, daß die Londoner Bankleute sich z. B. in Form eines Akzeptkredits von mindestens 5 Millionen Pfund Sterling beteiligen würden. Aber, wenn Unsicherheit darüber fortbestände, was für Verpflichtungen Deutschland am Ende des Moratoriums hat und wenn die Möglichkeit eines vollständigen finanziellen Zusammenbruchs Deutschlands am Ende dieses Zeitraums bestehen bliebe, dann würden die Anleihegläubiger eine Sicherheit für die Rückzahlung vor Ablauf des Moratoriums verlangen.

Es würde auf jeden Fall nötig für sie sein, daß sie zu der Maßnahme die Genehmigung der Bank von England und das Recht erhalten, die auf London gezogenen Wechsel dort zu diskontieren."

## Die Parteiführer in der Reichskanzlei.

### Reichstag am Montag.

In der heutigen Sitzung der Parteiführer in der Reichskanzlei gab der Reichskanzler Dr. Birtz zunächst die bisher noch nicht veröffentlichten Gutachten der Sachverständigen Bissering, Dubois und Brand und den Wortlaut der Note der deutschen Regierung an die Reparationskommission bekannt. Dabei betonte er ausdrücklich, daß die Note der Reichsregierung die einmütige Auffassung des Kabinetts darstelle. Es sei dringend notwendig, deutlich zum Ausdruck zu bringen, daß die ernsthafteste Förderung der Stabilisierung der Mark der Zeitgedanke der deutschen Politik sei. Auch die Reichsbank werde jetzt bei der Erreichung dieses Zieles tatkräftig mitwirken.

An die Darlegungen des Reichskanzlers schloß sich eine kurze Aussprache. Von sozialdemokratischer Seite wurde die Zustimmung zur Note erklärt und es als dringend erforderlich bezeichnet, daß die dauernde Initiative in der Währungspolitik jetzt bei der deutschen Regierung liegen müsse. Durch entsprechende Taten müsse auch dieser Ein-

druck nach außen hin hervorgerufen werden. Die bürgerlichen Parteiführer beschränkten sich auf einige mehr formale Bemerkungen. Der Vertreter des Zentrums erklärte ebenfalls die Zustimmung zur Note der Reichsregierung.

Die sachliche Besprechung der Note der Regierung soll am Freitag im Auswärtigen Ausschuss erfolgen. Am Dienstag will die Reichsregierung im Reichstag durch eine Erklärung die allgemeine politische Aussprache einleiten. Der Reichstag selbst wird jedoch bereits am Montag zu einer kurzen Sitzung zusammenrufen, um den Fraktionen die Möglichkeit zur Aussprache zu geben.

Die sozialdemokratische Fraktion ist bereits zu Montag nachmittag zu einer Fraktionsitzung eingeladen worden.

## Der 9. November und die Presse.

### Rechte und Linke.

Der Anblick der heutigen Berliner Morgenpresse ist lehrreich. Von den demokratischen Blättern wagt als einziges die „Beck. Volkszeitung“ an die Bedeutung des Tages zu erinnern, „Berl. Tagebl.“, „Voss. Ztg.“ und „Morgenpost“ hüllen sich in vornehmes Schweigen.

Ganz anders verhält sich die Presse der Rechten. „Tag“, „Vokalanzeiger“, „Deutsche Tageszeitung“ usw. veröffentlichen Leitartikel über den „Tag der Schmach“. Am hübschsten liest sich der Aufsatz des Obersten a. D. Goltz in der „Kreuzzeitung“, dessen Anfang als ein Muster unparteilicher Geschichtsschreibung hier wiedergegeben sei:

War die Revolution von 1918 berechtigt? Galt es, das deutsche Volk aus der Anarchie zu erlösen? Es zu schützen gegen die Vorrechte von Ständen und Klassen?

Längst waren in Deutschland alle Bürger gleichberechtigt. Adel, Beamtentum, Geistlichkeit, Offiziersstand, deren Vorrechte und Annehmungen in Frankreich vor 1½ Jahrhunderten das Volk zum Kampf gegen die bestehenden Gesetze, gegen deren Wächter aufgeschürt hatten, gehörten bei uns zum Volk genau so wie die Handarbeiter.

Der Kaiser stand über den Parteien. Durch eine 500jährige Geschichte waren Fürst und Volk oneinandergeschlossen. Auf dem Arbeitsfeld nationaler Wohlfahrt führte Kaiser Wilhelm den Pflug und warf den Samen der Gerechtigkeit in die ausgeworfenen Furchen. Wohlstand und Ordnung zierten das Vaterland.

Der Krieg, von den Feinden aufgerufen, warf sich auf das deutsche Land. In den Orangen machte er Halt; erschrocken taumelte er zurück vor den Hieben, die er empfing. Da schrie er über Land und Meer und zog alle herbei, die je hämisch gesehen hatten auf deutschen Fleiß und neidisch auf deutsche Erfolge. Furchtbar wurde die Uebermacht. Und doch hielten wir sie nieder.

Da (!) entfielen Türen und Schliche die Flammen der Revolution.

Jetzt weiß man wenigstens genau, wie es gewesen ist. Ähnlich wie aus der „Kreuzzeitung“ klingt es aus den Spalten der übrigen reaktionären Zeitungen. Und was tut dagegen die bürgerlich-demokratische Presse? Sie schweigt. In unserem heutigen Morgenblatt ist das Bild des Mannes zu sehen, der sich im Jahre 1848 von Republik und Reaktion gleich weit entfernt hielt. In der Apogee der meisten bürgerlich-demokratischen Redakteure verdient dieses Bild einen Ehrenplatz. Denn das ist ihr geistiger Urvater.

## Von Marx zu Max Holz.

Die „Kote Fahne“ hat die erschütternde Entdeckung gemacht, daß die Parole Lenin's „Raubt das Geraubte!“, auf die wir neulich hinwiesen, nichts weiter sei als eine Uebersetzung der Marxschen Forderung der Expropriation der Expropriateure. Damit ist das kommunistische Zentralorgan glücklicherweise auf dem Niveau jener bürgerlichen Sozialistenliteratur angelangt, die seit Jahrzehnten die marxsche Forderung der Enteignung der Produktionsmittel mit dem Hinweis bekämpften, daß diese Enteignung Raub und Plünderung sei. Ginge es nach den Methoden des russo-tatarischen Kommunismus, so hätten diese Gegner des Sozialismus allerdings gewonnenes Spiel.

theater stumpf und steif! Wozu dann aber der Zirkus? Altes Rästel, alte Klage, die schon hundertmal abgehört und gelöst worden sind. Max Holz darf.

**Fettbildende Bakterien.** Schon vor einiger Zeit hat man festgestellt können, daß es unter den Bakterien Formen gibt, die man als Fettpilze bezeichnen muß, weil sie imstande sind, reines Fett zu erzeugen. Zu dieser Gattung gehört z. B. der Pilz, der im Milchsaft der Pflanzen enthalten ist und der, zumal, wenn ihm Zucker zugeführt wird, die Zellen des betreffenden Gewächses heraufsetzt, daß das weitere Wachstum aufhört. Der chemische Prozeß, mit dessen Hilfe die Bakterien den Zucker in Fett umwandeln, ist uns freilich noch unbekannt.

Auch die sehr wünschenswerte praktische Verwendung der Fettpilze läßt sich, wie ein Fachbericht in der „Chemiker-Zeitung“ darlegt, vorläufig noch nicht durchführen, weil es noch nicht gelungen ist, ein einigermaßen billiges Nährsubstrat für die Bakterien herzustellen. Neuerdings hat Radson in Petersburg sehr günstige Erfolge mit Extrakt aus Seetang erzielt, die wohl auch deshalb profitlich fortgeführt werden sollten, weil der Tang enorme Nährstoffe besitzt und man somit außerordentlich großen Nährboden erhielt. In Amerika wird übrigens der Tang bereits zu diesem Zweck abgeerntet.

Sehr wichtig ist aber weiterhin die erst kürzlich entdeckte Tatsache, daß auch gärende Pilze zur Fettbildung veranlaßt werden können. Durch solche Pilze könnte beispielsweise unter gleichzeitiger Zufuhr von Alkohol in Fett verwandelt werden; ferner ist es besonders für die medizinische Wissenschaft sehr bedeutungsvoll, daß auch gewisse krankheitsverrundernde Bakterien Fettbildner sind, wie z. B. der Tuberkelbazillus. Die bekannte günstige Wirkung des Alkohols auf Tuberkulose wird denn auch lebensfalls nur durch diesen Fettbildungsprozeß der Tuberkelbakterien hervorgerufen, ebenso wie die wohltätige Wirkung reichlichen Zufuhrs, der bei jenen Bakterien ebenfalls den Fettbildungsprozeß benützt, mit diesen Erscheinungen zusammenhängt. Der weitere Ausbau dieses neuen Gebietes der Untersuchung wird zweifellos noch manches wertvolle Ergebnis bringen.

**Beethoven und Haydn in der Londoner Nationalgalerie.** Wie neu die Ausdauer Kunstliebhaber in ihren allseitigen Bemühungen aufzuheben lieh, so hat jetzt auch die Stellung der Londoner Nationalgalerie ein Streifen gewonnen. Beethoven und Haydn in ihren Räumen hängen lassen. Dies Unternehmen hat locale Kritik gefunden, daß man weiter gegangen ist und Beethoven op. 89 Nr. 9 und Haydn in den Gemälden der alten Meister aufgeführt hat.

**Die „verbesserte Stadt“.** Nachdem die englische Expedition von Hongkong 1904 in der Residenz des Dalai Lama, in dem bis dahin von unerschütterlichem Glauben umgebenen Thale eingezogen war, glaubte man, daß die Duldung Tibets mit anderen europäischen Ländern nicht mehr zu bestehen vermöge. Einige Engländer kamen auch herein. Nun aber hat der Oberste Tibet der Britischen Pachtgebiete seinen Willen dem Parlament zu verweigern. Die Stadt soll allen, außer „offiziellen Besuchern“, weiter verboten bleiben.

**Im Wissenschaftsbund** (bericht Freitag, 7. 11. im Realgymnasium Hohenzollernstr. 47/48. Dr. Otto Juliusburger über Religion und Wissenschaft) zum Gedächtnis des fünfzigsten Todesjahres Ludwig Feuerbachs.

## Revolutionäre Granatsplitter.

Von Ernst Preczang.

„Blut muß fließen!“ So sagen jene Wurstmacher, die nicht wissen, wie sie den Darm der Zeit füllen sollen.

„Seid menschlich, Sieger!“ Ja. Aber erwartet keine Gegenliebe von den Wölfen.

„An die Paternel!“ Wenn die lebenden Reaktionäre Dunkelheit verbreiten, werden auch die toten kein Licht geben.

„Schlagt den ganzen Porzellanladen entzwei!“ Aber laßt die Suppenteller heil.

„Seid besser als eure Feinde.“ Nicht dümmer.

„Baut ihnen goldene Brücken!“ Und wenn sie hinüber sind, reißt sie ab.

„Seid gerecht!“ Nein. Die nützliche Produktion würde focken; denn ihr müßt nur Gulstotinen fabrizieren.

„Kopf ab, Kopf ab!“ Die Kopfslosigkeit reicht zu allen Zeiten aus. Versuchen wir's mal mit: „Kopf auf!“

„Schützt die Republik!“ Auch vor jenen Freunden, die sie wuchernd aushöhlen und bedecken.

„Der Feind steht rechts.“ Nicht immer. Links steht der inurrende Magen.

## Strindbergs Luther-Spiel im Großen Schauspielhaus.

Mit Stolz betrachtete Strindberg sein Luther-Spiel. Natürlich deutete er auf den „Göth“ und meinte, seine Reformationshistorie sei ein ganz deutsches Werk geworden. So meinte auch vor hundert Jahren der Franzose und „Faust“-Uebersetzer Gerard Neveol, er habe in seinen eigenen Worten die Schillerischen „Räuber“ erreicht. So meinte nicht minder der britische Lord Byron, sein Drama „Werner“ sei würdiger des Weimarer Genies im allgemeinen und des Goethe'schen im besonderen. Nun, es ist ein höchst unterhaltenes Kapitel, die Versuche dieser genialen deutschen Freunde, die alle an das deutsche Herz gelangen wollen. Sie bleiben alle an ihrem eigenen Herzen haften. Sie verraten es trotz ihrer selbstbewussten Maskierung. Strindberg vor allem.

Sein Luther ist von vornherein düfferer, als die Weltgeschichte ihn aufgedaut hat. Er ist mehr ein Reformator aus Kampf und Wut, als der gottfreundliche und frühliche Streiter. Schon die gestern gespielte, sonst gesparrte Szene von der Mannsleider Knobenzzeit ist nur Strindberg, ein finsternes Familiengemälde, wo Vater und

Mutter als böse Geister konterseit sind; der Vater der Unsichere, der Verführer, der nur aus Kurzsichtigkeit nach der Karbatsche für den Sohn greift, die Mutter die blühdings zornige, eine richtige Strindbergfrau, klug und einseitig in ihrem Haß und in ihrer Liebe. Und der junge Martin Luther, noch Student der Rechte, der sich in Geistesqualen am Totenbette des Freundes krümmt, er ist niemals der geschichtliche, er ist immer nur der Roggsohn August Strindberg, der nach seinen Lustern schmeißt. Strindberg hat seine Historie mit aller alten Kulturhistorie überlastet. Gemäß, die Regelung der Tischen an das Wittenberger Kirchentor bildet das dramatische Zentrum. Aber der Dramatiker wollte es sich nicht entgehen lassen, den Meeressog der Christoph Columbus in seiner die Köpfe erhebenden Wichtigkeit aufzuklären, das Rätselkermespiel, das die Pfaffenlasten entlarvt, aufzusehen zu lassen und in aller Breite und Niederdrückenden Tragik das Aufsteigensschicksal des Ulrich v. Hutten zu beleuchten.

Fast zu schmelzerlich und weisheitsmäßig all dieses kulturhistorische Element. Es geht dem Gedanken natürlicher ein als der Reugier, die auf der Bühne herumsucht. Strindberg, ein Priester, der die Karikatur nicht scheut, dichtete dieses Luther-Spiel. Die Klosterjungen sprechen beinahe im Tone der Räpsele, die dem Fastnachtstheater nachgemacht sind. Und mitten in diesem Karneval der ganze, sich bis zum Grund ausschöpfende Strindberg. Luther wird gezeigt als Strohschnecker mit dem Dreißigen, wie die Pfaffen auf ihn einpesten, wie sie, sabbernd in Behaglichkeit, den Feuerkopf demühen. Auf jeder Seite die äußerste Schwachheit. Kein Schamgefühl, ein Fetern bis zum letzten. Keine Grabschichtigkeit, eigentlich auch keine Mystik, die das Genie ersäht, höchstens eine moralische Verbissenheit, die den Willenserschöpfungen des Genies gerecht wird.

Spielt man heute diesen Luther, so entzieht man sich meistens der Pflicht, das Drama mit diesem fesselnden Reizwert zu belasten. Man schält auch aus der Strindberg'schen Historie nur einen klaren und nur heroischen Luther heraus. Im Großen Schauspielhaus herrschte Richard Kevns Regie, der nicht recht wußte, ob er Nüchternheit gebieten sollte oder schillernden Kummel. Er überließ schließlich dem Eigenwillen von Werner Krauß den ganzen Luther und ermüdete bei der Mühe, das Temperament der anderen Künstler zu peitschen. Dabei entlegte Krauß um einige beträchtliche Spannen. Es war, als wollte er die Pracht der Strindberg'schen Gedanken und Moral abschütten, als wollte er den heroischen Luther allein wieder schaffen. Er gestaltete sich Saloppheiten in Sprache und Gang. Luther hat an diesem Abend vielleicht viermal berührt. Dann stieg zeitweise auf ein Stück Don Quixote über die Bretter, und noch häufiger trompete die Reizheit des Orango de Bergerac. Das ergab Mißthone. Der stampfende Schafstiesel regierte über den Geist. Man vergesse aber nicht, daß der Theatraliker Strindberg oft selbst metaphysisch wird und fern von der Rampe wandert. Durch solche alten, wenn auch imponierenden Schauspielermittel gibt man dem Dichter hinunter. Man überließ das visuell im Großen Schauspielhaus. So wurde z. B. die kleine Aufsteigensschicksal zwischen dem Bürgerknecht und Ulrich v. Hutten eine provinziell verquaterter Kuffenreiterei. Es klingt fast lächerlich, daß im Großen Schauspielhaus die Komparien versagten. Die Masse im Massen-

# Knillings Programmrede.

München, 9. November. (W.B.) Der bayerische Landtag trat heute vormittag zur Entgegennahme der Mitteilungen des Ministerpräsidenten Dr. Knilling über die Zusammenfassung seines Kabinetts und seiner Programmrede zusammen. Ministerpräsident Dr. v. Knilling teilte dem dichtbesetzten Hause mit, daß er die bisherigen Reformminister auch in sein Kabinett übernommen habe, und erklärte ferner, daß eine Besetzung des Handelsministeriums für die allernächste Zeit in Aussicht genommen sei. Widerspruch gegen die Vorschläge des Ministerpräsidenten erhob sich aus dem Hause nicht. Landtagspräsident Königsbauer begrüßte kurz das neue Ministerium und gab der Erwartung eines glücklichen Zusammenarbeitens des Landtages mit der Regierung Ausdruck. Der Staatsregierung müsse aus den weitesten Kreisen des Volkes rückhaltloses Vertrauen entgegengebracht werden. Der Präsident gedachte sodann mit anerkennenden Worten des zurückgetretenen Ministerpräsidenten Graf Berchthold.

Hierauf ergriff Ministerpräsident Dr. v. Knilling das Wort zu längeren Ausführungen über die Grundzüge des Programms der neuen bayerischen Regierung. Einleitend gedachte er des Wirkens des Grafen Berchthold, der ein Staatsmann von hohen Fähigkeiten und lauterstem Willen gewesen sei, ein Ebeinmann in Weisheit und Gesinnung. (Sebh. Beifall v. d. Bayer. Volkspartei.) Das Koalitionsprogramm, das der frühere Ministerpräsident v. Rohr 1920 bekanntgegeben habe, bilde heute noch eine maßgebende Grundlage für die Führung der Geschäfte der Staatsregierung. Ausführlich äußerte sich der Ministerpräsident über das Verhältnis Bayerns zum Reich und erklärte, gegen jede Anweisung der Reichsregierung Bayerns müsse er Bewahrung einlegen. Eines möchte er sagen: Der Würde dem bayerischen Volke nicht gerecht, der in dem unerschütterlichen Festhalten an seinem staatlichen Eigenleben eine mutwillige Aufsehnung gegen das Reich, eine Eigenbröterei sehen wollte. Bayern habe nie den Kampf mit dem Reich gesucht und werde ihn auch künftig nicht suchen.

# Bombenanschlag in Leipzig.

Das Volkshaus gefährdet.

Leipzig, 9. November. (Fig. Drahtbericht.) In der Nacht vom 8. zum 9. November, 11,30 Uhr, wurde am Volkshaus, Zeilher Straße, eine Explosion verursacht, die glücklicherweise nur geringfügigen Sachschaden anrichtet hat, während Personen nicht verletzt worden sind. Am Tore des Haupteinganges wurden die Ueberreste einer offenbar mit Schwartpulver gefüllten Ladung vorgefunden. Der Druck war so groß, daß fünf große Scheiben an den Aufhängen zum Café zertrümmert wurden, obwohl das Portal vorn und hinten offen war. Der oder die Täter sind noch nicht ermittelt.

# Die Orientkrise.

Kurze Verschiebung der Lausanner Konferenz.

Paris, 9. November. (W.B.) Der englische Vorschlag, die Lausanner Konferenz zu vertagen, ist zwischen Poincaré und dem britischen Lord Hardinge besprochen worden. Poincaré, der grundsätzlich gegen eine Vertagung ist, um den türkischen Nationalisten nicht die Möglichkeit zu weiteren Eigenmächtigkeiten zu geben, erklärte sich schließlich mit einer sehr kurzen Verschiebung einverstanden. Die italienische Regierung geht, wie hier dazu mitgeteilt wird, mit der französischen Hand in Hand.

Nach einer Londoner Meldung hat die englische Regierung beschlossen, den französischen Vorschlag, die Orientkonferenz nicht über den 20. November zu verschieben, anzunehmen.

# Erneute Forderungen der Türken.

Konstantinopel, 9. November. (W.B.) Die Türken erneuerten ihre Forderung auf Räumung Konstantinopels und Zurückziehung aller Kriegsschiffe. Die alliierten Oberkommandos hatten vorher bereits der kemalistischen Regierung mitgeteilt, daß derartige Forderungen zu erfüllen unmöglich wäre und daß sie gezwungen seien, von ihren Regierungen die Ermächtigung zur Verhängung strenger Maßnahmen zu erbitten. Dennoch beharren die Türken auf ihrem Standpunkt. Die alliierten Generale hatten gestern mit Rıza Paşa eine lange Besprechung, wobei sie ihm erklärten, die türkischen Forderungen seien unannehmbar. Rıza erwiderte, er sei geneigt, alle Maßnahmen zu annullieren, die die Sicherheit der alliierten Truppen zu gefährden geeignet seien, ebenso alle anderen Maßnahmen, die die alliierten Generale als unerwünscht betrachteten könnten. Diese Zusicherung Rıza Pašas schuf eine gewisse Beruhigung. Aber es bleibt abzuwarten, ob die Regierung von Ankara geneigt sein wird, die Anschauungen Rıza Pašas zu teilen und die von ihm empfohlenen Maßnahmen durchzuführen zu lassen.

# Der Ausgang der polnischen Wahlen.

Warschau, 9. November. (W.B.) Im neuen Sejm wird, wie „Kurjer Poranny“ schreibt, die Rechte keine Mehrheit bilden können, aber auch die Linke nur mit Unterstützung nationaler Minderheiten. „Naszepospolita“ sagt, die Rechte erlangte zwar keine Mehrheit, doch wird auf die Dauer nicht gegen sie registriert werden können. „Kurjer Polski“ meint, wenn überhaupt im Sejm sich eine reinpolitische Mehrheit bilden lasse, dann werde dies eine Mehrheit der Linksparteien sein. Dem „Kurjer Poranny“ zufolge beschloß der Ministerrat, den Sejm und den Senat am 23. November zu eröffnen.

# Devisenkurse.

	9. November		8. November	
	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Silber-) Kurs	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Silber-) Kurs
1 holländischer Gulden . . . . .	2802,75	2907,25	8551,10	8568,90
1 argentinischer Papier-Peso . . . . .	2743,11	2750,90	8241,87	8258,18
1 belgischer Franc . . . . .	—	—	513,71	516,29
1 norwegische Krone . . . . .	1476,30	1483,70	1715,70	1724,30
1 dänische Krone . . . . .	1615,00	1624,00	1825,42	1834,58
1 schwedische Krone . . . . .	2134,65	2145,35	2438,88	2451,12
1 finnische Mark . . . . .	—	—	237,40	238,60
1 japanischer Yen . . . . .	—	—	438,90	441,10
1 italienische Lire . . . . .	824,18	825,82	884,08	885,92
1 Pfund Sterling . . . . .	84912,50	85067,50	40398,75	40501,25
1 Dollar . . . . .	7780,50	7819,50	9127,12	9172,88
1 französischer Franc . . . . .	458,85	461,15	553,61	556,39
1 brasilianischer Milreis . . . . .	—	—	1042,88	1047,67
1 Schweizer Franc . . . . .	1986,52	1993,48	1675,80	1684,20
1 spanischer Peseta . . . . .	—	—	1581,57	1583,47
100 österr. Kronen (abgef.) . . . . .	—	—	12,21	12,29
1 tschechische Krone . . . . .	—	—	296,25	297,75
1 ungarische Krone . . . . .	—	—	8,09	8,71
1 bulgarischer Lema . . . . .	—	—	63,64	63,66
1 jugoslawischer Dinar . . . . .	—	—	146,48	147,87

# Reliquien.

Hoflieferanten gab es früher die schwere Menge in Deutschland, worüber man nicht erstaunt sein konnte, da es ja genug Prinzen und Potentaten gab, die natürlich alle Hoflieferanten haben mußten. Die Leute, die heute noch nach der Revolution und in der Republik den Titel Hoflieferant auf den Schildern vieler Geschäfte in goldenen Buchstaben erstrahlen lassen, sollen sich ruhig weiter lächerlich machen. In der Charlottenstraße aber ist ein Friseur, der unlangst erst ein großes Plakat mit krausen und verschönersten Buchstaben und mit gar kostbarem Rahmen in das Schaufenster gestellt hat, auf dem der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha dem Herrn Friseur bestätigt, daß er ihn zum Hoflieferanten ernannt habe. Der Mann, der sich bewogen fühlt, so etwas heute noch breispurig und großmäulig zur Schau zu stellen, poßt in seine Zeit. Wie eine Reliquie mußt das an und wie eine Kuriosität, die der Spießer mit neugierigem Respekt betrachtet. Der Friseur jedoch weiß gewiß ganz genau, daß er sein Geschäft durch dieses Plakat „hebt“. Gewiß gibt es immer noch Leute, die Freude daran finden, daß ein Hoflieferant ihnen den Bart schert und die Locken kräuselt. Da steht man machtlos vis-à-vis.

# Der Trick der Garderobenmarder.

Mit einem neuen Trick, der ihnen bereits viel Geld eingebracht hat, „arbeiten“ zwei „Kavaliere“, ohne daß es bisher gelingen wollte, sie zu fassen. Zwei feingekleidete junge Männer von etwa 23 bis 25 Jahren machen sich an Mädchen heran, die gute Mäntel und Hüte oder kostbare Pelzwerk tragen. Sie laden sie zum Besuch von Theatern oder Tanzveranstaltungen ein und geben dann paarweise die Garderobe auf eine Nummer ab. Während der Veranstaltung geht dann zunächst der eine hinaus, läßt sich seine und seiner Dame Kleidung geben und verschwindet damit. Bald darauf geht auch der zweite „Kavaliere“ heraus, angeblich um sich nach dem Verbleib seines Freundes umzusehen. Auch er bringt auf dieselbe Weise die Garderobe seiner Begleiterin an sich und verschwindet ebenfalls. Die Damen warten vergeblich auf die Rückkehr ihrer „Kavaliere“, und ihre Enttäuschung ist noch größer, wenn sie zum Schluß erfahren, daß mit ihnen auch ihre Mäntel, Pelze und Hüte verschwunden sind. Dieser Trick ist den Schwindlern schon oft gelungen. Bisher war es noch nicht möglich, festzustellen, wer sie sind. Mitteilungen zur Aufklärung nimmt die Inspektion B II der Berliner Kriminalpolizei entgegen.

# Sittlichkeitsverbrechen eines falschen Kriminalbeamten.

Im Treptower Park wurde eine junge Tuchmacherin aus Berlin von einem falschen Kriminalbeamten vergewaltigt. Das Mädchen sah abends mit einem jungen Manne auf einer Bank. Da erschien ein Mann, der dem Paar mit einer Blendlaterne ins Gesicht leuchtete und erklärte, daß er Kriminalbeamter sei und auch irgendeine Marke vorgezeigt. Er forderte das Paar auf, ihm zu folgen, da es wegen Erregung öffentlichen Argernisses zur Verantwortung gezogen werden müsse. Der falsche Beamte führte nun die jungen Leute nach einem Wärrerhäuschen im Park, schloß es mit einem Nachschlüssel auf und sperrte den jungen Mann ein. Dann führte er das Mädchen an eine Bank, forderte es auf, sich neben ihn zu setzen und zwang es durch Drohungen, ihm zu willigen zu sein. Hierauf erklärte er sich bereit, von einer Anzeige Abstand zu nehmen und auch den jungen Mann wieder laufen zu lassen, wenn das Mädchen felerlich verspreche, von dem Vorfall nichts laut werden zu lassen. In ihrer Angst gab das Mädchen auch das Versprechen. Jetzt schloß der „Beamte“ das Wärrerhäuschen wieder auf, ließ das Paar gehen und entfernte sich nach der entgegengesetzten Richtung. Das Mädchen traute sich erst nachträglich mitzuteilen, was ihr geschehen war und leit jetzt dem Ueberfall auch zur Kenntnis der Kriminalpolizei. Mitteilungen, die dazu dienen können, den Unthod unschädlich zu machen, nimmt Kriminalkommissar Rud im Berliner Polizeipräsidium entgegen.

# Neue Ausführungsbestimmungen zum Reichsmietengesetz.

Schon auf der letzten außerordentlichen Vertreterversammlung des Deutschen Schutzverbandes für Grundbesitz wurde darauf hingewiesen, daß von allen deutschen Ländern Preußen die mangelhaftesten und unklarsten Ausführungsbestimmungen erlassen habe. Im Wohlfahrtsministerium hat man sich der Erkenntnis nicht verschlossen, daß die Ausführungsbestimmungen verbessert werden müssen. Am Sonntag haben Verhandlungen mit den Vertretern der Stadtverwaltungen und der Mieter- und Vermieterverbände über eine den jetzigen tatsächlichen Verhältnissen mehr entsprechende Neufassung der preussischen Ausführungsbestimmungen begonnen. Die Bestimmungen sollen vereinfacht und übersichtlicher gehalten werden; namentlich was die einzelnen Zuschläge anlangt. Einzelheiten liegen noch nicht fest. Die Verhandlungen sollen so schnell wie möglich beendet werden.

# Die Nacht im Warterraum.

Nach § 17 der Eisenbahn-Verkehrsordnung ist die Reichsbahn verpflichtet, Warteräume in Uebergangs- und Endbahnhöfen nachts nur dann offen zu halten wenn zwischen der Ankunft des letzten und der Abfahrt des ersten Zuges weniger als 4 Stunden liegen. Der Reichsverkehrsminister hat jedoch jetzt, wie die „Reichszentrale für Deutsche Verkehrsverbände“ erzählt, eine Präzision angeordnet, ob nicht eine weitere Offenhaltung der Warteräume im Interesse der Reisenden geboten erscheint, denn die gesteigerten Fahr- und Uebernachtungspreise forderien bei der fortwährenden Verarmung die größte Rücksichtnahme der Reichsbahn. Die Reichsbahndirektionen sind angewiesen worden, die Notwendigkeit eines Nachbetriebes in den Warteräumen zu prüfen; es soll jedoch dafür gesorgt werden, daß diese Wohlfahrt nur Reisenden zugute kommt; neben einer scharfen Fahrkartenkontrolle soll namentlich das Verbot des Alkoholabschanks und die völlige Stilllegung des Schanbetriebes bisher beobachtete Mißstände verhindern.

# Die Schrippenverteilung des Rektors.

Zu der mit dieser Ueberschrift in Nr. 514 vom 31. Oktober veröffentlichten Notiz schickt uns das Provinzialschulkollegium folgende Berichtigung:

1. Es ist unwohr, daß das Provinzialschulkollegium dem Rektor Raeter an der 100. Gemeindegemeinschaft nur einen Verweis erteilt und ihn an der Schule belasse, die Schuldeputation dagegen es für nötig hielt, den Rektor zu verlesen. Wahr ist vielmehr, daß das Provinzialschulkollegium der Schuldeputation, die hierfür in erster Linie zuständig ist, sogleich die Verlesung des Rektors Raeter nahelegte, die Schuldeputation aber eine Verlesung nicht für notwendig erklärte und sich zu einer solchen erst entschloß, als die Angelegenheit bereits die Öffentlichkeit beschäftigt hatte.

2. Es ist unrichtig, daß das Provinzialschulkollegium erst jetzt auf Grund eines gegen den Lehrer Splinter veranstalteten Reklamationen dessen Verlesung angeordnet hat. Richtig ist vielmehr, daß das Provinzialschulkollegium von vornherein der Schuldeputation empfohlen hat, den Lehrer Splinter zu verlesen, und daß dieser, ehe die Elternversammlung vom 15. September stattfand, gegenüber dem zuständigen Kreisoberschulrat sich bereit erklärt hat, an eine andere Schule zu gehen.

In dieser „Berichtigung“ fehlt leider das, was für die Elternschaft und auch für die Lehrerschaft an dem Fall Raeter jetzt eigentlich das Wichtigste ist. Das Provinzialschulkollegium äußert sich nicht darüber, warum es gegen den Lehrer Splinter, der die Geschäftsführung des die Frühstücksverteilung für bedürftige Schulkinder leitenden Rektors Raeter zur Kenntnis der Behörde gebracht hatte, die Verlesung „empfohlen“ hat. Will das Provinzialschulkollegium behaupten, daß Splinter mit seinem Willen verlegt

worden sei? Richtig ist, daß er anfangs bereit war, die von Rektor Raeter geleitete Schule zu verlassen. Aber die Elternschaft, die für Splinter eintrat, erklärte sich gegen einen solchen Schritt. Den Gedanken der Verlesung hat das Provinzialschulkollegium „von vornherein“ gehabt — und verlegt wurde Splinter schließlich gegen seinen Willen.

# 25 Jahre Gemeindefreiwirtschaft.

In Schöneberg kann der Bezirksverordnete Genosse Ernst Ost jetzt auf ein Vierteljahrhundert reger Mitarbeit in der Gemeindefreiwirtschaft zurückblicken. Am 10. November 1897, als Schöneberg noch Dorf war, zog er in das kleine Gemeindeparlament ein. Bei Schönebergs Austritt zur Stadt wurde er zum Stadtverordneten gewählt, und nach der Zusammenfassung Groß-Berlins leitete er seine ehrenamtliche Tätigkeit im Dienst des Verwaltungsbezirks Schöneberg als Bezirksverordneter fort. Er hat in verschiedenen Zweigen der Gemeindefreiwirtschaft mitgewirkt, unter anderem im Sportwesen, im Gesundheitswesen, im Wohlfahrtswesen. Genosse Ost, der jetzt bereits das 61. Lebensjahr hinter sich hat, war früher Zimmerer und wurde Mitte der neunziger Jahre Gastwirt. Den älteren Genossen ist er bekannt als einer von den Alten, die schon unter dem Sozialistengeißel an der Arbeiterbewegung teilnahmen. In den Reichstagswahlen der neunziger Jahre war er Kandidat der Sozialdemokratischen Partei im Wahlkreis Friedrichsberg-Krnschwade.

Der Brand einer Eisfabrik rief den 7. Löschzug nach der Roppenstraße 27, wo im Keller Spirit, Liqueur, Badmaterial u. a. brannten. Die Feuerwehr hatte längere Zeit zu tun und mußte mit mehreren Schlauchleitungen die Kellerdecken unter Wasser setzen, bevor man des Feuers Herr wurde, das erheblichen Schaden verursachte hat.

Revolutionsgedenke. Der „Deutsche Republikanische Reichsbund“ begeht den 9. November mit einem Festabend in der Wandelhalle des Reichstages (Eingang: Spreetee, Portal V), abends 8 Uhr. Die Redner des Abends sind Kurt Heimg, Wilhelm Thureau und Dr. Fritz Schärer. Umrahmt werden die Vorträge von künstlerischen Darbietungen.

Verbandsbildungskommission der früheren USPD. Das Bureau der Arbeiterbildungsschule befindet sich jetzt Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Treppen, Zimmer 8 (Bezirksbildungsausschuß), Telefon: Dönhofs 5088. Alle Angelegenheiten, betreffend die Kurse der Schule, proletarische Feiertage und Bibliothek werden jetzt dort erledigt.

Der Volks-Feuerbekämpfungsverein Groß-Berlin beschloß in einer außerordentlichen Generalversammlung folgende Erhöhung der Beiträge ab 1. November: Beitragsklasse I 8 M. (2-er), II 10 M. (1-er), III 12 M. (1-er), IV 14 M. (1-er), V 16 M. (1-er), VI 18 M. (1-er), VII 20 M. (1-er), VIII 22 M. (1-er), IX 24 M. (1-er), X 26 M. (1-er), Aufnahmegebühr 20 M. In der teilweise erregten Diskussion kam das Verlangen über die gewaltige Erhöhung zum Ausdruck, man sollte sich aber der Einsicht nicht verschließen, daß die außerordentliche Teuerung entsprechende Gegenmaßnahmen notwendig macht. Weiter wurde beschlossen, in Rücksicht auf die vielen arbeitslosen Angehörigen das Vereinsgebiet über den ganzen Kreisstaat Preußen auszuweiten. Der Verein zählt zurzeit mehr als 200 000 Mitglieder, und es ist durch obigen Beschluß mit einem weiteren starken Zuwachs zu rechnen. Einem Antrage, anstatt für je 250 künftig für je 1000 Mitglieder einen Delegierten zu wählen, wurde ebenfalls zugestimmt.

Ein Balletabend findet als 1. Sonderveranstaltung der Kunstgemeinde Neutän am Freitag, den 10. November, abends 8 Uhr, im großen Saal der Neuen Welt statt. Das reichhaltige Programm wird angeführt von Solochäften der Staatsoper unter Leitung von Egon Wellesz. Dirigent des Orchesters: Clemens Schmalisch. Eintrittskarten sind noch zu haben im Volksbildungsbüro Neutän, Reithaus, Zimmer 257, und an der Abendkasse.

Museumsführungen. Sonntag, den 12. November, 9 1/2 Uhr vormittags, finden wissenschaftliche Führungen durch Direktorialbeamte im Neuen Museum (Graphische Künste), im Kaiser-Friedrich-Museum (Nichtliche Kunst) und im Museum für Vögelkunde (Vogelkunde) statt. Eintrittskarten zu 1 Mark und Programme zu 2 Mark sind vor Beginn der Führungen am Eingang der genannten Museen erhältlich.

Arbeiter-Abkündentend. Der Vortrag des Genossen Dr. Domler findet nicht heute, sondern morgen abend 7 Uhr, Petersburger Str. 4 statt.

# Das Loch im Westen.

Der große Kölner Spiritprozeß, der unter dem Rubrum Timmermanns und Genossen geht, ist eigentlich ein Prozeß Loeb und Genossen, da das Verfahren gegen Timmermann und sechs Holländer inzwischen abgetrennt worden ist. Jetzt haben sich noch 16 Personen zu veranworten. Gegen Timmermanns geht die Beschuldigung dahin, große Mengen Spirit unter der Bezeichnung Cognac nach Deutschland eingeführt zu haben. Es wurde ihm der Rheindampfer Bavaria mit seiner Ladung im Werte von 80 Millionen Mark beschlagnahmt. Dadurch, daß Timmermanns auch Velefont für die Kaufleute K. und F. Loeb war, ist ein loser Zusammenhang der beiden Verfahren herbeigeführt worden. Eine Nachprüfung bei der Firma L. führte zu Beanstandungen seitens des Finanzamtes. Der Buchprüfer Feldhoyer vom Kölner Finanzamt glaubte bei Durchsicht der Verträge herausgefunden zu haben, daß die Firma vielmehr Spiritmengen aus Luxemburg eingeführt habe, als ihr zustand. Die Hauptlieferungen soll sie nach Behauptung der Anklage durch eine Täuschung des Monopolamtes erlangt haben. Das Monopolamt hat nachträglich sämtliche Verträge angefordert, so daß die ganze Einfuhr von Spirit und Destillaten im Werte von hunderten Millionen Mark als verbotene Einfuhr unter Anklage steht. Nach der Anklage soll die Firma 520 000 Liter als ihren Lagerbestand angegeben haben, während 400 000 Liter weniger vorhanden gewesen wären. Dadurch soll bewirkt worden sein, daß erheblich größere Mengen zur Einfuhr ins besetzte Gebiet freigegeben wurden.

Bezeichnend für die hohen Holzpreise ist, daß in Calbe a. d. Elbe eine einzige Pappel, die der Magistrat fällen ließ, dem Gemeindeoberförster Groß-Schönebeck wurden am 27. Oktober für einen Fehlmeter Rundholz erster Klasse 48 600 M., für Rundholz zweiter Klasse 45 000 bzw. 49 000 M., für Rundholz dritter Klasse 36 000 und 37 300 M., und für Rundholz vierter Klasse 32 700 und 35 700 M. gezahlt. Diese Preise entsprechen dem Zweitausenfachen der im Jahre 1914 für Bauholz in der Regel gezahlten Kaufpreise, sie sind mit schuld daran, daß jetzt so wenig Häuser gebaut werden können.

Für 28 Millionen Pelzwaren gestohlen. Am Mittwoch nachmittags wurden in der Rauchwarenhandlung von Rosenrauch in der Nikolaisstraße in Leipzig für 28 Millionen Mark Rauchwaren gestohlen. Auf die Wiederherbeischaffung der gestohlenen Waren ist eine Belohnung von 1/2 Million Mark ausgesetzt.

# Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig kühler, aber überwiegend trübe und neblig bei größtenteils schwachen westlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

# Groß-Berliner Partei-Nachrichten der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

11. Abt. Freitag abend 7 Uhr im Lokal des Genossen Weiler, Gohlfeldstr. 36 wichtige Sitzung aller Funktionäre.
12. Abt. Von Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin Anna Schneider, Dampfer Str. 91, am 7. d. Mts. verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, auf dem Grogengraben, Weilerstr. 36 statt.
13. Abt. Schöneberg. Freitag abend 7 Uhr, Vorabendung im Klassenraum 14 der Gemeindegemeinschaft, Freitagstr. 57. Ebenfalls um 8 Uhr erweiterte Vorstandssitzung.

# Gewerkschaftsbewegung

## Bauarbeiterschutzkonferenz.

Die Bauarbeiterschutzkonferenz — die erste seit 1913 — tagte am 6. und 7. November in Berlin unter dem Vorsitz des Verbandsvorstandes Thomas-Frankfurt a. M. Seit dem letzten Kongress ist der Bauarbeiterschutz außerordentlich im Rückstand gekommen. Besonders schlimm sieht es in den kleinen Bauberufen, bei den Dachdeckern, Klempnern, Malern, Glasern usw. aus. Die Gefahren haben sich überall vergrößert, und mit ihnen sind die Unfallziffern gestiegen. Das Material ist schlechter geworden, und seine Verwendung hat zu schlecht angebrachter Sparsamkeit bei den Schutzmaßnahmen geführt. Dazu kommt, daß die Kontrolle nicht genügend durchgeführt wird, die Berufsgenossenschaften in wichtigen Fragen vollkommen versagen und Brechen bedauerlicherweise die Bauarbeiterschaft völlig im Stich gelassen hat. Der schon seit Jahren angeklagte Reichsbauarbeiterschutz läßt ebenfalls immer noch auf sich warten. Genosse Thomas entwarf in seinem Referat ein besorgniserregendes Bild von den Zuständen im Baugewerbe und legte ein Programm vor, das in 55 Punkten zeigt, wo schleunigst zugegriffen werden muß.

Dem mit lebhafter Zustimmung aufgenommenen Referat folgte eine gründliche Aussprache, an der sich Dachdeckerobermeister Pott-Röh, Innungsoberrichter Räh-Berlin (Glasereinnungen), die Abgeordneten Silber-Schmidt und Hartmann sowie Pehner-München (Klempner), Fürst-Berlin (Glaser), Peters-Hamburg (Bauarbeiter), Jakob-Berlin (Maler), Schreiber-Berlin (Schornsteinfeger), Althaus-Berlin (Dachdecker) und Heine vom ADGB beteiligten. Sämtliche Redner stimmten darin überein, daß schnelle Hilfe nötig ist, daß der Referent nicht zu schwarz gemalt hatte. Bedauert wurde, daß das Wohlfahrtsministerium nicht vertreten war. In einzelnen Punkten wurde die Entschärfung noch veranschlagt.

Gefordert werden: Verschärfung der Baukontrolle, mehr Arbeiterkontrollen mit Polizeigewalt, Verpflichtung des Bauunternehmers zur Gefährdung usw. Für die bedrängten Berufe sind Sonderbestimmungen festgelegt.

## Die Befordungsfrage der Beamten.

Vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund und Einzelberufen war am Montagabend in der „Neuen Welt“ eine öffentliche Versammlung der Beamten, Beamtinnen und Anwärter im Reichs-, Staats- und Kommunaldienst.

Dr. Böcker referierte über die Befordungsfrage. An Hand eines reichen statistischen Zahlenmaterials wies der Redner nach, daß trotz aller Gehaltserhöhungen die Verläufe der unteren Beamtengruppen weit hinter dem Existenzminimum der Lebenshaltung zurückgeblieben sind. Im Vergleich zum September sei die Lebenshaltung um 70 Proz., das Einkommen aber nur um 25 Proz. gestiegen.

Aus dem Abstand zwischen dem Kaufwert der Bezüge in der Friedenszeit und dem der heutigen Löhne lasse sich die ganze Verelendung der Beamtenschaft erkennen. Nach dem Vorschlag der Regierung solle der Feuerungsbeitrag für die neuen Koblenberg-Gebälter von 11 auf 58 Proz. erhöht, also auf 49 Proz. bemessen werden. Das würde für die Gruppe III eine Zulage von 5588 bis 7486 Mark bringen. Von den Vertretern der Gewerkschaften sei die Summe von 12000 Mark gefordert worden, und zwar ein Kopfgeldzuschlag von 4000 Mark und ein prozentualer Zuschlag für den Rest.

Dem Referat folgte eine sehr lange und lebhaftes Aussprache. Manne von der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner erklärte, daß die Beamtenschaft bis in die Gruppe 8 hinein unter dem Existenzminimum leben müsse und dem Geld preisgegeben sei. Es wäre nicht soweit gekommen, wenn die Beamten nicht in der Arbeiterfront gefehlt hätten. Redner trat lebhaft für den Allgemeinen Beamtenschaft ein. Referatend von der Feuerwehr sprach im Sinne des Vorredners. Ein Redner von der Postbeamtenschaft beurteilte die Sachlage vom kommunistischen Gesichtspunkte aus. Seine Ausführungen fanden lebhaften Widerspruch.

Stärker noch war der Widerspruch gegen die Ausführungen von Bodenitz (Deutscher Beamtenschaft). Dem Redner wurde wiederholt zugerufen, doch endlich Schlus zu machen.

Beise vom Allgemeinen Deutschen Beamtenschaft führte aus: Es gibt in dieser Zeit der wirtschaftlichen Notlage zwei Spezialkategorien, um Sensation zu machen. Eine ist aus München, die andere stammt aus Moskau. Auf diese Kategorien müssen wir achten, damit das Wirtschaftsleben nicht vollständig gerät in Verfall. Die Mehrheit der Beamtenschaft wird wissen, wie sie sich einzustellen hat, sie wird in dieser Situation treu

zur Republik halten. Sie fordert aber von der Regierung, ihr das zu geben, was zum Leben notwendig ist.

Nach einem Schlußwort des Referenten wurde einstimmig eine Entschärfung angenommen, die gegen die Art der neuen Gehaltsregelung protestiert, das Angebot als völlig unzulänglich bezeichnet und weiter sagt: „Die wahnsinnige, die Existenz der Beamtenschaft auf das schwerste bedrohende Entwidlung muß zu den schwersten Kämpfen und Erschütterungen unseres Wirtschaftslebens führen, wenn die Regierung nicht in letzter Stunde die erforderliche Einsicht und das Verständnis für unsere Notlage zeigt. Die Versammlung fordert von der Regierung: Anpassung der Bezüge an das Existenzminimum im Monat November, unverzüglich wirksame Maßnahmen gegen die suchtbare Geldentwertung und Preistreibererei, sowie Versorgung der arbeitenden Bevölkerung mit den wichtigsten Nahrungsmitteln.“

Die Versammlung billigt die Haltung der Bundesleitung des Allgemeinen Deutschen Beamtenschaftsbundes bei den letzten Verhandlungen und stellt sich geschlossen hinter die von ihren Vertretern erhobenen Forderungen. Sie verwirft die neue Taktik der Regierung, die Beamten von der Arbeitererschaft zu trennen und ist der Meinung, daß nach wie vor in gemeinsamem, geschlossenem Vorgehen beider Gruppen von Staatsbediensteten deren beiderseitige Interessen am besten gewahrt werden.“

## Ein letzter Rettungsversuch.

In der „Roten Fahne“ macht der kommunistische Kandidat für den Posten des Bevollmächtigten bei der Berliner Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes den vergeblichen Versuch, das schiffbrüchige Betriebsrätekonferenz-Projekt zu retten, das, verwickelt als Köder für einen großen Fischzug der Kommunistischen Partei dienen sollte.

Wenn von jener Seite der Ruf kommt: „Rette eure Gewerkschaften vor der drohenden Spaltung!“, so steht dem entgegen, daß an der Spaltung der Gewerkschaften tatsächlich „nur die Kapitalisten und ihre Agenten ein Interesse“ haben. Denn niemand anders als die Herren, die sich als junge Leute den Moskauer Weltrevolutionären verpflichtet haben, ist es, der damit ungewollt die Rolle kapitalistischer Agenten spielt.

Die kommunistischen Diktatoren über das Proletariat wollen die Gewerkschaften in den Dienst ihrer parteipolitischen Aktionen stellen. Weil die Gewerkschaften sich im Interesse ihrer Selbsterhaltung, ihrer notwendigen Geschlossenheit und der Konzentration auf ihren Aufgabekreis dagegen wehren müssen, weil sie der systematischen Zellenbauerei entzogen sind und die rücksichtslosen kommunistischen Parteikadetten wegen ihres gewerkschaftsschädigenden Treibens ausschließen müssen, unterstellt man ihnen die Absicht der Spaltung. Die ausgeschlossenen Spalter versuchen Krotodistraktionen und bieten sich als die Retter der Gewerkschaften vor der Spaltung an. Diese Taktik auf Grund der Punkte ist nachherade so sehr bekannt geworden, daß sie in den Reihen denkender Arbeiter längst nicht mehr verhängt. Im kommunistischen Lager hat man eingesehen, daß die Anstrengungen, die Gewerkschaften vollständig in die Hände zu bekommen, gleich aussichtslos sind, und da man deshalb daran acht, besondere Gewerkschaften zu gründen, außer den bestehenden Unionen, will man sich für diese Spaltungsarbeit ein Mittel verschaffen, sie maskieren. Die freien Gewerkschaften sind dabei, sich vor dem kommunistischen Treiben zu schützen, deshalb die Veruche, sie der eigenen Erfüllung zu verdrängen. Sie werden sich auch weiterhin vor ihren Freunden zu schützen haben. Mit ihren Gegnern werden sie auch ohne diese fertig zu werden wissen.

## Abstimmung der Mechaniker und Optiker.

In einer Versammlung der Mechaniker und Optiker am Montagabend im Gewerkschaftshaus referierte Branchenleiter Rahmann über den von dem Arbeitgeberverband für Feinmechanik und Optik vorgelegten Entwurf für einen Rahmenvertrag. Redner stellte fest, daß die vorgeschlagenen Bestimmungen über Arbeitszeit und Urlaub große Enttäuschung in der Kollegenchaft hervorgerufen haben. Die bisherige wöchentliche Arbeitszeit von 46½ Stunden soll auf 48 Stunden erhöht werden und der Urlaub ist in der Vorlage so knapp bemessen, daß er dringend einer Erweiterung bedarf. Die Kollegenchaft habe in verschiedenen Betrieben bereits Stellung zu dem Verlangen des Arbeitgebers genommen, doch liege ein überflüssiges Ergebnis noch nicht vor. Es handle sich nun darum, unverzüglich in allen Betrieben, die noch nicht Stellung zu dem Entwurf genommen haben, eine Arbeit im Zusammenhang vorzunehmen, damit die Branchenleitung mit den Forderungen der Gehilfenchaft an den Arbeitgeberverband herantreten kann. Beschlossen wurde, daß die Resultate der Abstimmung bis spätestens nächsten Montag

der Organisationsleitung mitzuteilen sind. Ferner wurde dem Vorschlag zugestimmt, daß der Soj: „Begen Lieberstunden legt sich die Geschäftsleitung mit dem Arbeiterrat ins Benehmen,“ in dem Entwurf wie folgt geändert werden soll: „Für Lieberstunden bedarf die Geschäftsleitung (des Betriebes) der Zustimmung des Arbeiterrats.“

Die Angestellten der Danziger Werft sind in den Streik getreten. Durch Schlichterspruch war auf ihre Septembergehälter ein Zuschlag von 150 Proz. erfolgt, die Hälfte dessen, was sie gefordert hatten. Infolge des Streiks hat die Werftleitung rund 75 Prozent über 4000 Mann betragenden Arbeitererschaft, die auf 24stündige Rindigung angestellt sind, gefündigt.

Die Seeleute in Marseille haben in einer von 5000 Streikenden besuchten Versammlung die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Damit ist der langwierige französische Marinestreik beendet.

Die Dungsulcher und Müllfahrer, die im Deutschen Transportarbeiterverband organisiert sind, stellten in einer stark besuchten Versammlung am Mittwoch im Gewerkschaftshaus neue Lohnforderungen auf. Durch einen Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin ist ihnen für die Zeit vom 1. bis 15. November ein Wochenlohn in Höhe von 7500 M. zuerkannt worden. Es wurden nun in der Versammlung Vorschläge für eine Lohnerhöhung in der zweiten Novemberhälfte gemacht. Beschlossen wurde, eine Erhöhung des Wochenlohnes um 100 Proz., also 15000 M. zu fordern. Die Lohnkommission wurde neu gewählt.

Achtung, Kassenmacher! Am Freitag nachmittags 4½ Uhr im Bureau des Metallarbeiterverbandes, Rungelstraße 30, Arbeitslosenrat, Mitglieder-Versammlung. Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingt Pflicht. Die Branchenleitung.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schill, Berlin; für Anzeigen: H. Glöck, Berlin. Verlag: Deutschlands-Verlag S. m. b. H., Berlin. Druck: Normants-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

**Zähne 100 u. 130 M. mit Friedenskautechuk**  
Schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen von 200 Mark an. Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise.  
**Zahn-Praxis Matvani, Danziger Straße 1.**

**Gewinn-Auszug**  
der  
**20. Preuß.-Südd. (246. Preuß.) Klassen-Lotterie**  
6. Klasse 26. Ziehungsstag 8. November 1923

„In jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne geteilt, und zwar je einer auf die Lots gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I und II“

Lotto-Gewinn	Kopfgeld bezogen
In der 1. Ziehung wurden Gewinne über 1500 Mark gezogen:	
24 20 1000 M 7160 8187 02807 161321 158586 187094 177839 188871	
281846 254907 20749 361182	
1 2 M 3000 M 1865 4099 6846 11858 21828 22740 27545 28435 41308	
48061 81663 61669 80788 80782 90477 64733 97991 105100 108443	
13 245 1 4914 18846 118 36 103754 161711 18728 17 730 174013 1 7604	
179 56 187354 19 640 57181 210492 216140 278993 2 6776 231 37 26 388	
187 76 164374 27 168 174508 270441 287831 290006 298503 303843 300877	
216397 10584 3007 341619 351031 390633	
In der 2. Ziehung wurden Gewinne über 1500 Mark gezogen:	
2 M 4000 M 10988	
4 M 1000 M 19788 319331	
24 M 100 M 10701 703 6 36099 43068 70035 85882 122992 161276	
230 70 4 6 104 06 307779	
100 M 3000 M 698 7410 672 9 5 878 70180 62475 74 10 78979 79272	
81772 94 49 10 64 109 1 113448 176 9 123212 13 965 136661 13 833	
141 43 18877 186788 17783 1807 1 193560 265754 210249 110 4 214513	
218 8 5 24072 218401 258920 211240 141883 248871 247018 247632 260077	
296165 267191 270891 248053 199 66 312900 344407 34402 368740 364016	
370076	
In der 3. Ziehung wurden Gewinne über 1500 Mark gezogen:	
6 M 10000 M 18767 247839 247395	
18 M 5000 M 6773 41281 113445 62553 247164 268 78 244487 247013	
142 M 3000 M 12548 17323 18286 10411 21016 22028 23825 24714	
40029 40687 4 6 6 81089 6182 83586 66821 78671 69368 74711 7749	
78908 810 2 84 09 84 67 85072 98215 67147 977 7 97 97 1 4809 124440	
145 13 148988 147 69 147192 68946 174087 18428 187 84 19 916 199051	
209944 218937 219191 221 05 268386 273847 279034 279201 279343 291741	
294 01 294 79 97 02 304612 268 97 310002 3116 9 211824 319437 325498	
319071 326827 337048 337184 337909 343175 248918 354216 360020 368512	
380601	

Die in dem vorstehenden Gewinn-Auszug nicht enthaltenen niedrigeren Gewinne sind aus den Zügen zu ersehen, die bei den staatlichen Lotterieverwaltungen zur unangefälligen Einsicht ausliegen.

Genau auf Firma achten!

# Viel Geld

spart, wer jetzt kauft!!

## Eh's zu spät wird!

Größte Eile geboten! Preise steigen!  
Wunderbare, nur erstklassige

### Anzüge / Schlüpfer

### Winterpaletois

### Gummimäntel / Hosen

weit unter Tagespreis!

Sichern Sie sich durch Anzahlung gekaufte Waren zur späteren Abholung!

# Hugo Simon

Spezialhaus für erstklass. Herrenkleidung

**133 Charlottenburg Wilmersdorfer Str. 133**  
an der Bismarckstrasse.

Weitester Weg lohnend!!

**Gold Silber - Platin**  
Gegenstände, Bruch  
**Zahngelisse**  
kaufen zu unüberbietbaren Preisen  
Gebroder Fuhrmann,  
Nollendorfstr. 39.

**Strumpfwaren**  
kauft man jetzt noch sehr preiswert und billig im  
**Strumpfhäus „Werba“**  
Hln., Kottbuser Damm 72, Ecke Lenzstr.

**Strickjacken**  
aller Art für Damen, Herren, Kinder.  
Sportgaranturen, Schals u. Mützen  
Nur Einzelverkauf bester Qualität aware  
„Billigste Bezugsquelle!“  
**Bruno Richter** Berlin - Pankow  
Mendelsstr. 36 I  
Fabrik-Niederlage Thüringer Weißwaren  
Strassenbahn: 46, 47, 49, 51, 57, 151, 116.  
Fernruf: Amt Pankow 3721.

**Korbmöbel**  
kaufen Sie am vorteilhaftesten  
d. r. Hersteller  
**A. Lesdau**  
Werkstätten für  
fein Korbmöbel  
Fersprecher,  
Neukölln 1359,  
Amst. und Verkauft nur  
Neukölln, Ansen-  
gruberstraße 20.

Wo laß ich meinen Anzug machen?  
Wer garantiert für guten Sitz u. Verarbeitung?  
**Max Motel, Schneiderstr.**  
Neukölln, Ringbahnstr. 83, Tel. 909.  
Lieferung für höchste Staatsbeamten  
Viele Annehmungen u. Dankefreuen

**Qualitätswaren!**

# Mäntel

Schlüpfer \* Paletois \* Baglans  
in la Verarbeitung, genau wie Maßarbeit  
**15 000.- bis 39 500.-**

# Leihhaus

**CHARLOTTENBURG**  
Wilmersdorferstr. 127  
Ecke Schillerstr. L. Einge

# Anzüge

In ganz modernen Formen,  
beste Verarbeitung,  
genau wie Maßarbeit  
**Mk. 6850.- bis 32500.-**

Versuchen Sie es einmal  
und Sie bleiben mein ständiger  
Kunde. **Kein Kaufzwang.**  
Besichtigung erbeten.

**Garderobe**  
auf bequemste Teilzahlung  
**Herren-Damen-**  
Anzüge, Paletois, Schlüpfer  
Regenmäntel, Borschen-Anzüge  
Gute Ware, solide Preise,  
— grosse Auswahl —  
**M. Beiser, Lothringer Str. 67**

**Maßkorsetts**  
und Reparatur  
Fr. L. Bangartz  
Hln. Boddinstr. 31  
Fernruf: Reutlin 235

**Perser-Terriche**  
Klaviers, Flügel  
höchste Tagwerk, selbst  
am. Filialstr. 5, Kurl. 1184

**Noch sehr billig!**  
Leder-Gobelngarnituren  
Speisezimmer  
Herrenzimmer  
Schlafzimmer  
eventl. ab Fabrik, Zahlungszielvereinbar.  
**Krause, Kastanien-Allee 40**

**Damen- u. Herren-Stoffe**  
alles Net in großer Auswahl.  
Kleider- u. Futter-Seiden  
schwarz und farbig.  
Gelegenheitskäufe  
in mod. Mänteln, Kostümen,  
Kleibern u. Röden. 1-3 gefällig.  
**Paul Karle**  
O. 34, Warschauer Straße 79.

**Hosen**  
von 299 bis 1900 M.  
Hemden, Unter-  
hosen, Socken  
Berufskleidung  
— Gute Ware! —  
Billigste Preise!  
Gerh. Kohnen,  
Neukölln,  
Hermannstr. 76/77.

Recht höchste Bezahlung für  
**Zahngelisse**  
(auch zerbrochene)  
**Gold-** Silber-, Platin-  
Münzensamm. Bruch  
Juweller **Kleine Frankfurter Str. 1**  
**Bocksch** 3 Min. vom Alexanderplatz.